



Aufgabensammlung



**Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin
für Bäderbetriebe**

Meisterprüfung 2017

Allgemeiner Teil

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Lehrgangsteilnehmer,

der Prüfungsausschuss Meister für Bäderbetriebe hat diese Prüfungsaufgaben freigegeben.

Damit stehen Ihnen Übungsaufgaben für die Fortbildung im Bereich Bäderbetriebe zur Verfügung. Dem Ziel einer Einheit zwischen Ausbildung und Prüfung kommen wir dadurch ein Stück näher.

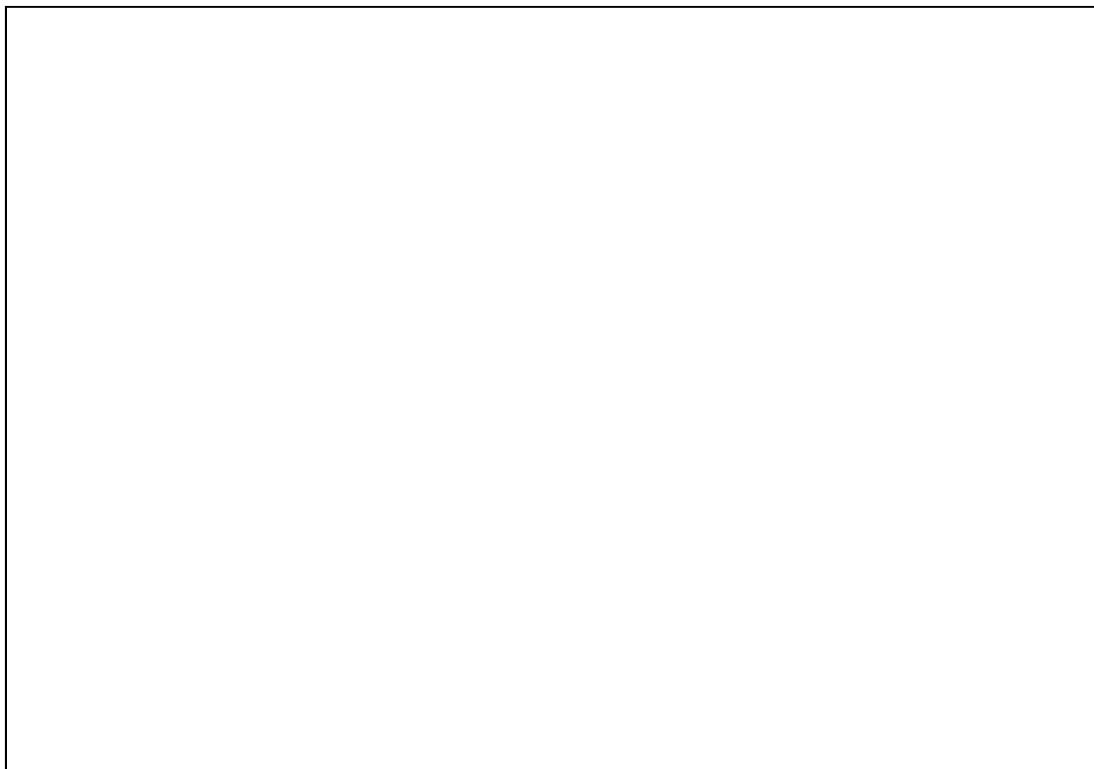
Der Prüfungsausschuss hat die Lösungsanleitungen zu den Prüfungsaufgaben nicht freigegeben, damit die Lösungen der Aufgaben von Ihnen selbst oder mit Kollegen gemeinsam erarbeitet werden können.

Wir wünschen Ihnen einen entsprechenden Lernfortschritt, gute Erkenntnisse bei der Bearbeitung dieser Prüfungsaufgaben und einen erfolgreichen Verlauf ihrer Fortbildung.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Holaschke
Zuständige Stelle

Besuchen Sie uns auch im Internet. Unter www.bvs.de stehen Ihnen weitere Informationen für Aus- und Weiterbildung zur Verfügung. Dieses Angebot wird ständig aktualisiert und erweitert.



Meisterprüfung 2017
Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin für Bäderbetriebe
Allgemeiner Teil
Prüfungsfach: Grundlagen für rechtsbewusstes Handeln

Prüfungsdatum: 02. – 03.11.2017

Prüfungsort: Lauingen

Dauer: 120 Minuten

Hinweise:

- Diese Aufgabe umfasst einschließlich des Deckblattes **13** Seiten und **3** Anlagen.
- Bei den folgenden Aufgaben ist entweder die richtige Antwort (**nur eine**) eindeutig anzukreuzen oder die Frage frei zu beantworten. Sind bei den Ankreuzfragen mehrere Antworten möglich, ist die Zahl der Antworten in der Fragestellung angegeben. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass für die frei zu beantwortenden Fragen die vorgesehenen Zeilen zur Beantwortung der jeweiligen Frage ausreichen.
- In diesem Prüfungsteil können insgesamt **140** Punkte bei **32** Fragen erreicht werden. Die Teilpunkte sind in Klammern bei der Frage angegeben.
- Es darf **nicht** mit Bleistift gearbeitet werden. (Ausnahme: Zeichnungen)
- Notwendige Erläuterungen, Gedankengänge, Nebenrechnungen usw. sind auf der Rückseite der Aufgabenblätter vorzunehmen.
- Hilfsmittel: keine

Erreichte Punkte: _____ **Festgesetzte Note:** _____

	Erstprüfer	Zweitprüfer
Erreichte Punkte:	_____ : 1,4 _____	_____ : 1,4 _____
Note:	_____	_____
Unterschrift:	_____	_____

Notenstufen:		
100 - 92 Punkte = 1	80 - 67 Punkte = 3	49 - 30 Punkte = 5
91 - 81 Punkte = 2	66 - 50 Punkte = 4	29 - 0 Punkte = 6

1. Im Privatrecht gilt der Grundsatz der Formfreiheit bei Rechtsgeschäften.
- a) Erläutern Sie den Grundsatz der Formfreiheit bei Rechtsgeschäften im Privatrecht. (3 P)

- b) Nennen Sie je ein Beispiel zu einer Form aus dem Bäderbereich. (3 P)

2. Welche Arten von Rechtsgeschäften dürfen beschränkt geschäftsfähige Personen tätigen? (3 P)

3. a) Was bedeutet „Deliktfähigkeit“? (4 P)

- b) Beschreiben Sie folgende Abstufungen der Deliktfähigkeit nach dem Alter und erläutern Sie die rechtlichen Auswirkungen. (6 P)

Nicht deliktfähig:

Beschränkt deliktfähig:

4. Beschreiben Sie Dienstvertrag und Werkvertrag mit je einem Beispiel aus dem Bäderbereich. (6 P)

Dienstvertrag:

Werkvertrag:

5. Erklären Sie den wesentlichen Unterschied zwischen Mietvertrag und Pachtvertrag und nennen Sie **je zwei** Beispiele zu jedem Vertrag. (5 P)

6. Nennen Sie **sechs** Gründe für fehlerhafte Rechtsgeschäfte. (3 P)

7. Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit man von einem Staat sprechen kann? (3 P)

8. Wo sind die Verfassungsgrundsätze des Grundgesetzes festgeschrieben? (1 P)

9. Nennen und beschreiben Sie die Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland. (10 P)

10. Nehmen Sie zu folgender Aussage Stellung und belegen Sie Ihre Antwort mit der passenden Gesetzesgrundlage: (2 P)

„In Deutschland läuft im Moment doch eh alles drunter und drüber. Nicht mehr lange und es werden die Grundrechte, nein noch besser das Grundgesetz abgeschafft.“

11. In Deutschland werden viele Ämter über Wahlen vergeben. So werden auch nach Art. 38 des Grundgesetzes die Abgeordneten des deutschen Bundestages gewählt. Hierfür müssen bestimmte Grundsätze eingehalten werden. Nennen und beschreiben Sie diese Grundsätze. (10 P)

12. Nennen Sie drei wichtige Aufgaben des Bundespräsidenten. (3 P)

13. Wer gehört zur Regierung der Bundesrepublik Deutschland? (2 P)

14. Nennen Sie die verschiedenen Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der richtigen Reihenfolge. (4 P)

15. Nennen Sie die höchste Instanz bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (1 P)

16. Was ist eine Straftat? (4 P)

17. a) Erklären Sie die Straftat des Hausfriedensbruchs ausführlich. (4 P)

- b) Nennen Sie **drei** verschiedene Beispiele aus dem Bäderbereich. (3 P)

18. Ein 10 Jahre alter Junge stiehlt einen Geldbeutel im Freizeitbad und wird dabei ertappt. Welche Aussage zur Strafmündigkeit ist richtig? (3 P)
Kann der Junge bestraft werden? Die Antwort ist zu begründen.

19. Unterscheiden Sie Antrags- und Officialdelikt im Strafrecht. (2 P)

20. Nennen und erläutern Sie **zwei** Rechtfertigungsgründe für eine Straftat mit jeweils einem Beispiel aus dem Bäderbereich. (4 P)

21. Zwei Freundinnen verbringen einen sehr heißen Sommertag in ihrem Lieblingsfreibad. Gegen Abend leert sich die Liegewiese und nur noch wenige Freibadbesucher sind da. Auch die beiden Freundinnen wollen aufbrechen, da sieht Freundin A ein großes hellgrünes Badetuch ca. 15 Meter von ihrem Liegeplatz entfernt auf dem Boden liegen. Da die beiden schon lange niemanden mehr in diese Richtung laufen gesehen haben, beschließen sie das Handtuch mit zum Ausgang zu nehmen um es dort abzugeben. Unterwegs denkt sich A, dass ihre kleine Schwester sich schon ganz lange genau so ein hellgrünes Handtuch wünscht. Also beschließt sie das Handtuch nicht abzugeben, sondern es mit nach Hause zu nehmen um es zu waschen und ihrer Schwester eine Freude zu machen. Prüfen Sie, ob es sich hier um einen Straftatbestand handelt und wenn ja, um welchen. (6 P)

22. Herr Max Mustermann, geb. 09.07.1997 aus Musterhausen findet nach Abschluss seiner Ausbildung zum Fachangestellten für Bäderbetriebe (absolviert bei der Stadt Badburg) ab dem 01.09.2017 ein befristetes Arbeitsverhältnis für die Dauer von einem Jahr als Elternzeitvertretung für Frau Maier in dem Hallenbad der Gemeinde Badenhausen. Er wird in Vollzeit beschäftigt und erhält die Entgeltgruppe 5 TVöD. Das Arbeitsverhältnis richtet sich nach dem TVöD. Vertreten wird die Gemeinde Badenhausen durch Herrn Bürgermeister Hausmann.
Bitte erstellen Sie den Arbeitsvertrag mit allen wesentlichen Vertragsbestandteilen.
(Siehe **Anlage Nr. 1**) (8 P)

23. In welchen Fällen bietet die gesetzliche Unfallversicherung dem Beschäftigten im Schwimmbad einen Versicherungsschutz? (3 P)

24. Welche grundsätzlichen Rechte hat ein Personalrat einer Stadtverwaltung? (3 P)

25. Was bedeutet der Begriff „tarifliche Friedenspflicht“? (2 P)

26. Dürfen Schwimmbäder das Abwasser aus der Filterspülung direkt in ein Gewässer einleiten? (3 P)

27. Wer darf Trinkwasserproben (z.B. aus dem Sanitärbereich Ihres Schwimmbads) in Bayern untersuchen? (2 P)

28. In Ihrem Betrieb werden gefährliche Chemikalien verwendet, von denen Sie vermuten, dass sie umweltgefährdend sind. Leider wurden diese Chemikalien nur nach den Vorschriften für Gefahrstoff gekennzeichnet. Wo erhalten Sie Informationen über die Umweltgefährlichkeit, die für Ihren betrieblichen Umgang mit diesen Gefahrstoffen benötigt werden? (2 P)

29. Sie lagern einen Haufen mit frisch geschnittenem Gras bis zur Abholung in Ihrem Freibad. Es ist sehr warm und es entsteht eine hohe Geruchsbelastung für die Anwohner. Ein Nachbar beschwert sich. Auf welches Bundesgesetz kann er seine Beschwerde stützen? (1 P)

30. In welchem Bundesgesetz ist geregelt, dass Ihr Duschwasser so beschaffen sein muss, dass Gefahren für die menschliche Gesundheit durch Krankheitserreger nicht zu besorgen sind und welche Bundesverordnung regelt die Details? (2 P)

Bundesgesetz:

Bundesverordnung:

31. Sie haben ein altes Schwimmbad und möchten einen alten Baum entfernen, der mit seinem Laub immer das Freibad verschmutzt. Welche Rechtsnorm müssen Sie dabei in ihrer Kommune beachten? (2 P)

32. Zum 1. Januar wurde in Ihrem Betrieb ein neuer Mitarbeiter, Josef Huber, mit der Qualifikation Fachangestellter für Bäderbetriebe eingestellt. (17 P)

Seit längerem fällt Ihnen auf, dass Huber nicht über das Wissen verfügt, das von einem Fachangestellten zu erwarten ist. Sie lassen sich von der Personalstelle die Unterlagen kommen, das Prüfungszeugnis erweckt Ihr Misstrauen. Sie erkundigen sich daraufhin bei der Zuständigen Stelle, ob es sich bei dem Prüfungszeugnis um eine Fälschung handeln könnte. Mit gestrigem Schreiben teilt die Zuständige Stelle mit, dass Herr Huber nicht an der fraglichen Prüfung teilgenommen hat.

Erläutern Sie ausführlich unter Angabe der Rechtsvorschriften, welche Möglichkeiten der Betrieb hat, um sich von Herrn Huber zu trennen. Berücksichtigen Sie dabei auch die Mitwirkungsrechte des Betriebsrats.

Hinweise In Ihrem Betrieb wurde ein Betriebsrat gebildet, es wird kein Tarifvertrag angewendet. In der **Anlage 2** finden Sie einen Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Betriebsverfassungsgesetz.

Beantworten Sie die Frage auf dem Antwortblatt der **Anlage 3**.

Ende der Aufgabe (13 Seiten)

Anlage 1

Arbeitsvertrag
zwischen der

.....
.....

(Arbeitgeber)

und

.....
.....

(Beschäftigter)

wird folgender

.....

geschlossen:

§ 1

.....

wird

- alsbefristet eingestellt.
- als Teilzeitbeschäftigte/Teilzeitbeschäftigter mit ___ v.H. der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden Vollbeschäftigten befristet eingestellt.

Der Beschäftigte ist im Rahmen begründeter dienstlicher Notwendigkeiten zur Leistung von, Nachts-, Wechselschicht- und sowie Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft, Überstunden und Mehrarbeit verpflichtet.

Das Arbeitsverhältnis ist befristet

§ 2

Das Arbeitsverhältnis bestimmt sich nach dem (TVöD) einschließlich der besonderen Regelungen für die Verwaltung (TVöD – Besonderer Teil Verwaltung), dem Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-VKA) und den diesen ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträgen in der für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) jeweils geltenden Fassung. Auf das Arbeitsverhältnis finden die Regelungen für das Tarifgebiet West Anwendung.

§ 3

.....

§ 4

Der Beschäftigte ist in die eingruppiert. Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Beschäftigten aus dienstlichen Gründen einer anderen Tätigkeit im Rahmen der Entgeltgruppe zuzuweisen.

§ 5

Eine Nebenabrede wird nicht vereinbart.

§ 6

Änderungen und Ergänzungen des Arbeitsvertrages einschließlich von Nebenabreden sowie Vereinbarungen weiterer Nebenabreden sind nur wirksam, wenn sie vereinbart werden. Dies gilt auch für die Abbedingung des Schriftformerfordernisses.

....., den _____

(..... ,)

_____ (.....)

_____ (.....)

Anlage 2

**Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch
(BGB)**

§ 123 Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung

(1) Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten.

(2) Hat ein Dritter die Täuschung verübt, so ist eine Erklärung, die einem anderen gegenüber abzugeben war, nur dann anfechtbar, wenn dieser die Täuschung kannte oder kennen musste. Soweit ein anderer als derjenige, welchem gegenüber die Erklärung abzugeben war, aus der Erklärung unmittelbar ein Recht erworben hat, ist die Erklärung ihm gegenüber anfechtbar, wenn er die Täuschung kannte oder kennen musste.

§ 142 Wirkung der Anfechtung

(1) Wird ein anfechtbares Rechtsgeschäft angefochten, so ist es als von Anfang an nichtig anzusehen.

(2) Wer die Anfechtbarkeit kannte oder kennen musste, wird, wenn die Anfechtung erfolgt, so behandelt, wie wenn er die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gekannt hätte oder hätte kennen müssen.

§ 626 Fristlose Kündigung aus wichtigem Grund

(1) Das Dienstverhältnis kann von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn Tatsachen vorliegen, auf Grund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Dienstverhältnisses nicht zugemutet werden kann.

(2) Die Kündigung kann nur innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Kündigungsberechtigte von den für die Kündigung maßgebenden Tatsachen Kenntnis erlangt. Der Kündigende muss dem anderen Teil auf Verlangen den Kündigungsgrund unverzüglich schriftlich mitteilen.

Auszug aus dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)

§ 102 Mitbestimmung bei Kündigungen

(1) Der Betriebsrat ist vor jeder Kündigung zu hören. Der Arbeitgeber hat ihm die Gründe für die Kündigung mitzuteilen. Eine ohne Anhörung des Betriebsrats ausgesprochene Kündigung ist unwirksam.

(2) Hat der Betriebsrat gegen eine ordentliche Kündigung Bedenken, so hat er diese unter Angabe der Gründe dem Arbeitgeber spätestens innerhalb einer Woche schriftlich mitzuteilen. Äußert er sich innerhalb dieser Frist nicht, gilt seine Zustimmung zur Kündigung als erteilt. Hat der Betriebsrat gegen eine außerordentliche Kündigung Bedenken, so hat er diese unter Angabe der Gründe dem Arbeitgeber unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Tagen, schriftlich mitzuteilen. Der Betriebsrat soll, soweit dies erforderlich erscheint, vor seiner Stellungnahme den betroffenen Arbeitnehmer hören. § 99 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Der Betriebsrat kann innerhalb der Frist des Absatzes 2 Satz 1 der ordentlichen Kündigung widersprechen, wenn

1. der Arbeitgeber bei der Auswahl des zu kündigenden Arbeitnehmers soziale Gesichtspunkte nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt hat,
2. die Kündigung gegen eine Richtlinie nach § 95 verstößt,
3. der zu kündigende Arbeitnehmer an einem anderen Arbeitsplatz im selben Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens weiterbeschäftigt werden kann,
4. die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nach zumutbaren Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen möglich ist oder
5. eine Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers unter geänderten Vertragsbedingungen möglich ist und der Arbeitnehmer sein Einverständnis hiermit erklärt hat.

(4) Kündigt der Arbeitgeber, obwohl der Betriebsrat nach Absatz 3 der Kündigung widersprochen hat, so hat er dem Arbeitnehmer mit der Kündigung eine Abschrift der Stellungnahme des Betriebsrats zuzuleiten.

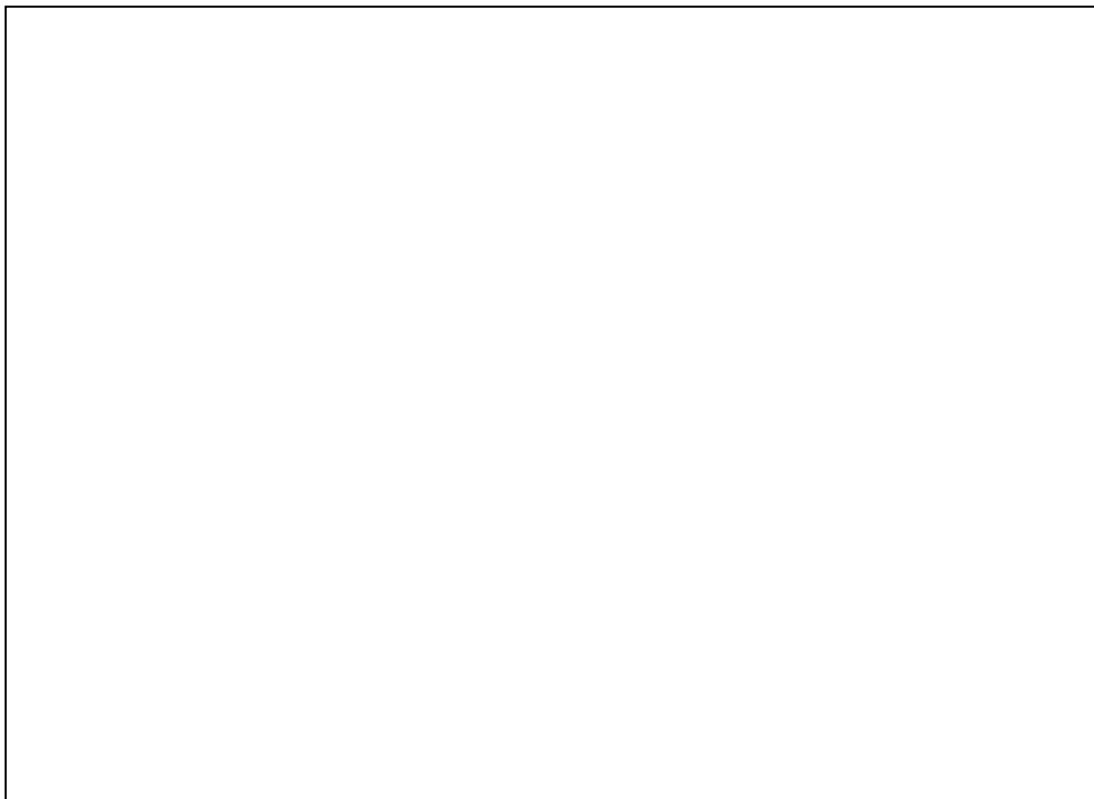
(5) Hat der Betriebsrat einer ordentlichen Kündigung frist- und ordnungsgemäß widersprochen, und hat der Arbeitnehmer nach dem Kündigungsschutzgesetz Klage auf Feststellung erhoben, dass das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist, so muss der Arbeitgeber auf Verlangen des Arbeitnehmers diesen nach Ablauf der Kündigungsfrist bis zum rechtskräftigen Abschluss des Rechtsstreits bei unveränderten Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigen. Auf Antrag des Arbeitgebers kann das Gericht ihn durch einstweilige Verfügung von der Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung nach Satz 1 entbinden, wenn

1. die Klage des Arbeitnehmers keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet oder mutwillig erscheint oder
2. die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers zu einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung des Arbeitgebers führen würde oder
3. der Widerspruch des Betriebsrats offensichtlich unbegründet war.

(6) Arbeitgeber und Betriebsrat können vereinbaren, dass Kündigungen der Zustimmung des Betriebsrats bedürfen und dass bei Meinungsverschiedenheiten über die Berechtigung der Nichterteilung der Zustimmung die Einigungsstelle entscheidet.

(7) Die Vorschriften über die Beteiligung des Betriebsrats nach dem Kündigungsschutzgesetz bleiben unberührt.

[...]



Meisterprüfung 2017
Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin für Bäderbetriebe
Allgemeiner Teil
Prüfungsfach: Grundlagen für kostenbewusstes Handeln

Prüfungsdatum: 02. – 03.11.2017

Prüfungsort: Lauingen

Dauer: 90 Minuten

Hinweise:

- Diese Aufgabe umfasst einschließlich des Deckblattes **13** Seiten.
- Bei den folgenden Aufgaben ist entweder die richtige Antwort (**nur eine**) eindeutig anzukreuzen oder die Frage frei zu beantworten. Sind bei den Ankreuzfragen mehrere Antworten möglich, ist die Zahl der Antworten in der Fragestellung angegeben. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass für die frei zu beantwortenden Fragen die vorgesehenen Zeilen zur Beantwortung der jeweiligen Frage ausreichen.
- In diesem Prüfungsteil können insgesamt **100** Punkte bei **29** Fragen erreicht werden. Die Teilpunkte sind in Klammern bei der Frage angegeben.
- Es darf **nicht** mit Bleistift gearbeitet werden. (**Ausnahme: Zeichnungen**)
- Notwendige Erläuterungen, Gedankengänge, Nebenrechnungen usw. sind auf der Rückseite der Aufgabenblätter vorzunehmen.
- Hilfsmittel: Taschenrechner

Erreichte Punkte: _____ **Festgesetzte Note:** _____

	Erstprüfer	Zweitprüfer
Erreichte Punkte:	_____	_____
Note:	_____	_____
Unterschrift:	_____	_____

Notenstufen:		
100 - 92 Punkte = 1	80 - 67 Punkte = 3	49 - 30 Punkte = 5
91 - 81 Punkte = 2	66 - 50 Punkte = 4	29 - 0 Punkte = 6

1. Warum ist wirtschaftliches Handeln notwendig? (1 P)
- a) Weil die Güter unbegrenzt sind.
 - b) Weil Bedürfnisse nicht messbar sind.
 - c) Weil die meisten Bedürfnisse knapp sind.
 - d) Weil die meisten Güter knapp sind.
 - e) Weil Güter überall erhältlich sind.

2. Nennen Sie **zwei** verschiedene Bedürfnisarten! (2 P)

1. _____

2. _____

3. Erklären Sie den Begriff „Verbrauchsgut“. Geben Sie auch ein Beispiel aus dem Schwimmbadbereich an! (2 P)

Begriff:

Beispiel:

4. Was versteht man unter „Substitution“ der Produktionsfaktoren? (2 P)
Nennen Sie ein Beispiel!

Erklärung:

Beispiel:

5. Marktformen

- a) Einem Anbieter stehen viele Nachfrager gegenüber. Um welche Marktform handelt es sich hierbei? (1 P)

- b) Nennen Sie eine weitere Marktform! (1 P)

6. Marktpreis

- a) Wie bildet sich der Gleichgewichtspreis auf dem Markt? (2 P)

- b) Sie lesen in der Zeitung "Große Frostschäden im Frühjahr 2017 beim Obstbau". (1 P)
Wie wird sich dies auf die Preise für Obst auswirken?

7. Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass auch 2017 das „Bruttoinlandsprodukt (BIP)“ wachsen wird. Was versteht man unter dem Begriff Bruttoinlandsprodukt? (2 P)

8. Welche staatliche Maßnahme ist geeignet, dass die Arbeitslosenquote sinkt? (1 P)
- a) Erhöhung der Steuern
 - b) Vergabe öffentlicher Aufträge
 - c) Erhöhung des Rentenalters
 - d) Senkung des Kindergeldes
 - e) Verminderung der Abschreibungsmöglichkeiten der Betriebe

9. Nennen Sie **zwei** qualitative Ziele der Wirtschaftspolitik. (2 P)

1. _____

2. _____

10. Nennen Sie **zwei** Kennzeichen der zentralen Planwirtschaft. (2 P)

1. _____

2. _____

11. Skizzieren Sie ein Diagramm des Konjunkturverlaufs. (6 P)



12. Konjunkturindikatoren lassen Rückschlüsse und Erkenntnisse auf den Stand und die Entwicklung der Wirtschaft zu. Nennen Sie **zwei** Frühindikatoren! (2 P)

1. _____

2. _____

13. Inflation

- a) Was versteht man unter dem Begriff Inflation? (2 P)

- b) Nennen Sie **zwei** Inflationsursachen! (2 P)

1. _____

2. _____

14. Welche Unternehmen sind ausschließlich Personengesellschaften? (1 P)

- a) OHG, KG, GbR
- b) GmbH, OHG, stille Gesellschaft
- c) KG, KGaA, GmbH & Co.KG
- d) GmbH, AG, KGaA
- e) eG, stille Gesellschaft, GbR

15. Welche Aussage trifft auf die Fusion zu? (1 P)

- a) Bei einer Fusion sind mehrere rechtlich selbständige Unternehmen unter einer Leitung zusammengeschlossen.
- b) Eine Fusion ist eine zeitlich begrenzte, horizontale Zusammenarbeit.
- c) Eine Fusion ist eine Art von Kooperation.
- d) Bei der Fusion wird die rechtliche Selbständigkeit aufgegeben, die wirtschaftliche Selbständigkeit bleibt erhalten.
- e) Eine Fusion ist ein Zusammenschluss, bei dem die wirtschaftliche und rechtliche Selbständigkeit aufgegeben wird.

16. Die Europäische Zentralbank (EZB) hält den Leitzins auf einem Rekordtief. (2 P)
Warum hält sie ihn so niedrig? Nennen Sie einen Vorteil und einen Nachteil!

Vorteil:

Nachteil:

17. Nennen Sie die **drei** betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren! (3 P)

1. _____

2. _____

3. _____

18. Wie nennt man die grafische Darstellung der Aufbauorganisation? (1 P)

19. Skizzieren Sie das Stabliniensystem und benennen Sie die Organisationseinheiten am Beispiel eines Freizeitbades! (3 P)

20. Nennen Sie **zwei** weitere Organisationssysteme. (2 P)

1. _____

2. _____

21. Erklären Sie den Begriff „Ablauforganisation“. (2 P)

22. Für das Controlling stellt die Ermittlung von Kennzahlen eine wesentliche Grundlage dar. Welche wichtigen betrieblichen Kennzahlen gibt es neben der Rentabilität noch? Nennen Sie **zwei**. (2 P)

1. _____

2. _____

23. Im Rahmen des Controlling stellen Sie fest, dass die Materialkosten um 20 % über der Planung liegen. Worauf könnte diese Abweichung zurückzuführen sein? Nennen Sie **zwei** mögliche Ursachen. (2 P)

1. _____

2. _____

24. Nennen Sie das Ziel des Finanzplanes im Haushaltsplan. (4 P)

25. Der Kämmerer der Gemeinde bittet Sie als Betriebsleiter des Freizeitbades, Anmeldungen für den Vermögenshaushalt durchzuführen. (3 P)
Nennen Sie **sechs** mögliche Posten, die Sie für Ihren Bäderbetrieb berücksichtigen müssen.

1. _____

2. _____

3. _____

4. _____

5. _____

6. _____

26. Bäderbetriebe können mit verschiedenen Organisationsformen betrieben werden. Nennen Sie Organe und **je drei** wichtige Merkmale folgender Betriebsformen.

- a) Stadtwerke Eigenbetrieb (4 P)

- b) Stadtwerke GmbH (4 P)

c) Regiebetrieb der Stadt oder Gemeinde (4 P)

27. Nennen Sie **drei** wichtige Gründe für einen Wechsel von der Organisationsform Regiebetrieb zur Organisationsform Stadtwerke Eigenbetrieb. (3 P)

1. _____

2. _____

3. _____

28. Besprechungen und Teamsitzungen müssen korrekt dokumentiert werden. Nennen Sie **vier** wichtige Inhalte einer Besprechungsdokumentation. (4 P)

1. _____

2. _____

3. _____

4. _____

29. Im Sommerbad müssen in naher Zukunft Wartungsarbeiten vorgenommen werden. Bisher wurden die Wartungsarbeiten selbst durchgeführt. Sie wollen nun überprüfen, ob die Wartungsarbeiten zukünftig auch weiterhin selbst durchgeführt werden, oder ob diese an einen externen Dienstleister vergeben werden sollen.

Hierbei wollen Sie Ihre Selbstkosten, die entstehen, wenn Sie die Wartungsarbeiten selbst durchführen, mit den Angeboten dreier externer Dienstleister vergleichen.

Sie haben die Wartungsarbeiten schon ausgeschrieben und drei gültige Angebote eingeholt. Die Angebote umfassen sowohl die Durchführung der Wartungsarbeiten als auch den dafür notwendigen Materialeinsatz. Nachfolgende **Netto-Angebote** wurden von Seiten der drei externen Dienstleister abgegeben:

Dienstleister A: 5.867,00 Euro

Dienstleister B: 6.090,00 Euro

Dienstleister C: 5.781,00 Euro

Zur Kalkulation Ihrer Selbstkosten steht Ihnen zur Berechnung der Zuschlagssätze nachfolgender BAB einer vorhergehenden Rechnungsperiode zur Verfügung:

Gemeinkostenarten	Zahlen der KLR in Euro	Materialstelle in Euro	Sommerbad (Personal) in Euro	Verwaltungsstelle in Euro
Hilfs- und Betriebsstoffe	3.520	170	3.260	90
Werkzeuge	900	20	880	-
Gehälter	7.500	500	4.500	2.500
Hilfslöhne	3.700	1.650	2.050	-
Sozialabgaben	4.250	810	2.490	950
Kalk. Zinsen	2.950	870	990	1.090
Kalk. Abschreibungen	9.470	1.140	950	7.380
Summe-Gemeinkosten	32.290	5.160	15.120	12.010
Summe Einzelkosten (Zuschlagsgrundlage)		86.000	18.900	
Herstellungskosten				?
Gemeinkosten - Zuschlagssätze		?	?	?

Des Weiteren kalkulieren Sie aus den Erfahrungen der letzten Jahre, dass für die anstehenden Wartungsarbeiten in Summe 125 Arbeitsstunden benötigt werden. Gemäß Ihrer Finanzbuchhaltung muss ein Fertigungslohn von 21,00 Euro pro Arbeitsstunde und Person verrechnet werden.

Außerdem haben Sie schon berechnet, dass für die Wartungsarbeiten ein Materialeinsatz von 1.370,00 Euro notwendig wird.

- a) Berechnen Sie die im BAB mit Fragezeichen (?) versehenen Felder. (8 P)
Der Rechenweg ist anzugeben.

- b) Berechnen Sie Ihre Selbstkosten, die anfallen, wenn Sie die Wartungsarbeiten selbst durchführen. (9 P)

Hinweis: Falls Sie a) nicht berechnet haben, rechnen Sie hier mit
Gemeinkostenzuschlag - Material = 7%,
Gemeinkostenzuschlag - Fertigung = 89%
Gemeinkostenzuschlag - Verwaltung = 10,5%

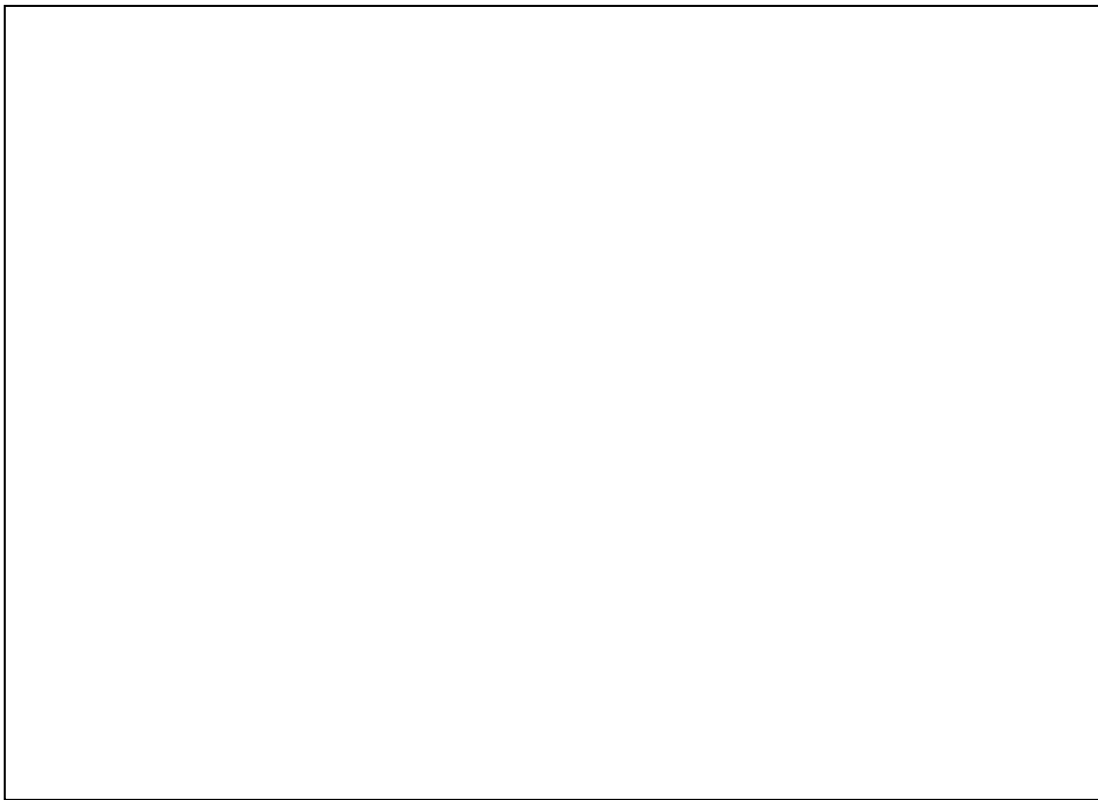
- c) Vergleichen Sie Ihre unter b) berechneten Selbstkosten mit den abgegebenen Angeboten (Brutto-Preise) der externen Dienstleister. (4 P)

Hinweis: Falls Sie b) nicht berechnet haben, rechnen Sie hier mit Selbstkosten = 6.650 Euro.

- d) Ist es günstiger, die Wartungsarbeiten weiterhin selbst durchzuführen oder sollen diese zukünftig an einen externen Dienstleister vergeben werden? (3 P)

Begründen Sie Ihre Antwort.

Ende der Aufgabe (13 Seiten)



Meisterprüfung 2017
Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin für Bäderbetriebe
Allgemeiner Teil
Prüfungsfach: Grundlagen für die Zusammenarbeit im Betrieb

Prüfungsdatum: 02. – 03.11.2017

Prüfungsort: Lauingen

Dauer: 90 Minuten

Hinweise:

- Diese Aufgabe umfasst einschließlich des Deckblattes **12** Seiten.
- Bei den folgenden Aufgaben ist entweder die richtige Antwort (nur eine) eindeutig anzukreuzen oder die Frage frei zu beantworten. Sind bei den Ankreuzfragen mehrere Antworten möglich, ist die Zahl der Antworten in der Fragestellung angegeben. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass für die frei zu beantwortenden Fragen die vorgesehenen Zeilen zur Beantwortung der jeweiligen Frage ausreichen.
- In diesem Prüfungsteil können insgesamt **108** Punkte bei **10** Fragen erreicht werden. Die Teilpunkte sind in Klammern bei der Frage angegeben.
- Es darf nicht mit Bleistift gearbeitet werden. (Ausnahme: Zeichnungen)
- Notwendige Erläuterungen, Gedankengänge, Nebenrechnungen usw. sind auf der Rückseite der Aufgabenblätter vorzunehmen.
- Hilfsmittel: keine

Erreichte Punkte: _____

Festgesetzte Note: _____

	Erstprüfer	Zweitprüfer
Erreichte Punkte:	_____ : 1,08 = _____	_____ : 1,08 = _____
Note:	_____	_____
Unterschrift:	_____	_____

Notenstufen:		
100 - 92 Punkte = 1	80 - 67 Punkte = 3	49 - 30 Punkte = 5
91 - 81 Punkte = 2	66 - 50 Punkte = 4	29 - 0 Punkte = 6

1. Ein Mitarbeiter scheidet aus dem Unternehmen aus. Dazu sollte ein qualifiziertes Arbeitszeugnis vorbereitet werden. (10 P)
Nennen Sie **zehn** Inhalte, die ein solches Zeugnis berücksichtigen muss.

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____
7. _____
8. _____
9. _____
10. _____

2. Obwohl alle Mitarbeiter im gleichen Betrieb arbeiten, kommt es zwischen den neuen Mitarbeitern und dem alten Personal zu persönlichen Konflikten.

- a) Stellen Sie dar, welche **drei** Ursachen zu den Konflikten geführt haben können. (3 P)

1. _____
2. _____
3. _____

- b) Beschreiben Sie anhand von **zwei** Beispielen etwaige Auswirkungen von Konflikten auf das Betriebsgeschehen. (4 P)

1. _____

2. _____

- c) Erläutern Sie anhand einer unter a) aufgezeigten Konfliktursache Ihr Handeln. (6 P)

3. In einem Gespräch teilt Ihnen ein Mitarbeiter einer anderen Abteilung mit, dass er mit dem Führungsverhalten seines Abteilungsvorgesetzten nicht zurechtkommt. Er möchte gerne unter Ihrer Führung weiterarbeiten. (5 P)

Wie verhalten Sie sich in dieser konkreten Gesprächssituation gegenüber dem Mitarbeiter?

4. Sie werden ab dem nächsten Monat in Ihrem Betrieb als Meister eingesetzt. Sie überlegen sich in diesem Zusammenhang, wie Ihre Kollegen sich Ihnen gegenüber verhalten werden. Bei diesen Überlegungen fällt Ihnen der Begriff Autorität ein.

a) Nennen Sie **drei** Formen der Autorität in Bezug auf Mitarbeiterführung. (3 P)

1. _____
2. _____
3. _____

b) Beschreiben Sie **zwei** dieser Formen. (6 P)

1. _____

2. _____

5. Herr Brinker hat als Meister eine rechtzeitige und sorgfältige Urlaubsplanung vorzunehmen. (8 P)
Legen Sie **acht** Kriterien fest, welche Herr Brinker bei der Urlaubsplanung berücksichtigen sollte.

1. _____

2. _____

3. _____

4. _____

5. _____

6. _____

7. _____

8. _____

- c) Beschreiben Sie **vier** Fehler, die Sie bei der Delegation vermeiden müssen. (4 P)

7. Als bedeutsames Führungsmittel wird das Beurteilen von Mitarbeitern bezeichnet. Die Beurteilung hat keinen Selbstzweck. Sie muss vielmehr der zukünftigen Entwicklung des Mitarbeiters und des Unternehmens dienen. Mitarbeiter mit einer sogenannten „inneren Kündigung“ führen dieses Phänomen oft auf Beurteilungsfehler von Meistern oder Vorgesetzten zurück.

- a) Welche Inhalte sollten bei einer Beurteilung mindestens vorhanden sein? Nennen Sie **vier** Beispiele. (2 P)

- c) Nennen Sie **vier** Möglichkeiten, wie man solchen Fehlern wirksam begegnen kann. (4 P)

8. Sie sind Gruppenleiter in einem Betrieb und führen eine Arbeitsgruppe von 10 Mitarbeitern. Vier dieser Mitarbeiter treffen sich regelmäßig in der Kantine beim Mittagessen.

- a) Nennen Sie **drei** charakteristische Merkmale einer sozialen Gruppe. (3 P)

1. _____

2. _____

3. _____

- b) Soziologisch unterscheidet man die beiden oben beschriebenen Gruppen („Arbeitsgruppen/Gruppe beim Mittagessen“). Mit welchen Fachbegriffen bezeichnet man diese beiden Gruppen? Nennen Sie je **zwei** charakteristische Unterschiede. (6 P)

1. Fachbegriff : _____

Unterschied: _____

2. Fachbegriff : _____

Unterschied: _____

9. Nennen und beschreiben Sie **drei** neue Formen der Arbeitsorganisation zur Vermeidung monotoner Tätigkeiten. (9 P)

1. _____

2. _____

3. _____

10. Nennen Sie **drei** klassische Führungsstile und beschreiben Sie diese Merkmale mit **jeweils drei** Punkten. (12 P)

1. _____

2. _____

3. _____

Ende der Aufgabe (12 Seiten)